

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 31

31.07.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

- **UNGARISCHE STEUERSENKUNGEN GANZ VORN.** Im Vergleich zu 2010 sind die Steuerbelastungen pro Kopf der Bevölkerung unter allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Ungarn am deutlichsten – um 8,49 Prozentpunkte – gesunken. In Dänemark, das in dieser Rangliste auf Platz 2 folgt, verringerten sich die öffentlichen Abgaben gerade mal um die Hälfte, um 4,34 Prozentpunkte. Ungeachtet des sinkenden Trends gehört Ungarn auch weiterhin zu jenen Ländern, wo ungefähr die Hälfte des Lohns in Form von Steuern abgezogen wird.
- **BRÜSSEL HÄLT UNGARN LAUFEND UNTER POLITISCHEM DRUCK.** Eines der wichtigsten Elemente der politischen Bestrebungen Brüssels ist die Einführung des Quotensystems. Gleichzeitig ist es verblüffend, dass sogar der Europäische Gerichtshof bei der Umsetzung dieses politischen Vorhabens assistiert. Wegen einer zunehmenden Druckausübung aus Brüssel muss im Herbst mit ernsthaften politischen Auseinandersetzungen in Verbindung mit den verbindlichen Ansiedlungsquoten gerechnet werden.
- **SICHERE ABSOLUTE MEHRHEIT FÜR DEN FIDESZ – IM LINKEN LAGER WÜRDEN MSZP, DK UND DIE MOMENTUM-BEWEGUNG INS PARLAMENT GELANGEN.** Acht Monate vor den nächsten Parlamentswahlen führen unverändert die Regierungsparteien: Fidesz-KDNP würden mit 43 Prozent der Listenergebnisse eine solide absolute Mehrheit erringen, geht aus der Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Die Erhebung zeigt zugleich, dass im linken Lager MSZP, DK und Momentum-Bewegung ins Parlament gelangen würden.
- **DIE CHANCEN FÜR EINEN ZUSAMMENSCHLUSS DER LINKEN SCHWINDEN.** Im Gegensatz zu dem umfassenden Zusammenschluss der linksliberalen Parteien im Wahljahr 2014 bestehen für 2018 Chancen zur Herausbildung von vier größeren Polen. Nachdem die Positionen der MSZP infolge interner Skandale systematisch einbrechen, unterstützen die neuen linksliberalen Formationen immer offener eigene Listen. Die Koalition der LMP mit der Gémesi-Partei, der von Gergely Karácsony gebildete neue Pol und das eigenständige Antreten der Momentum-Bewegung dürften neuerliche Konflikte im linksliberalen Lager heraufbeschwören.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ungarische Steuersenkungen ganz vorn

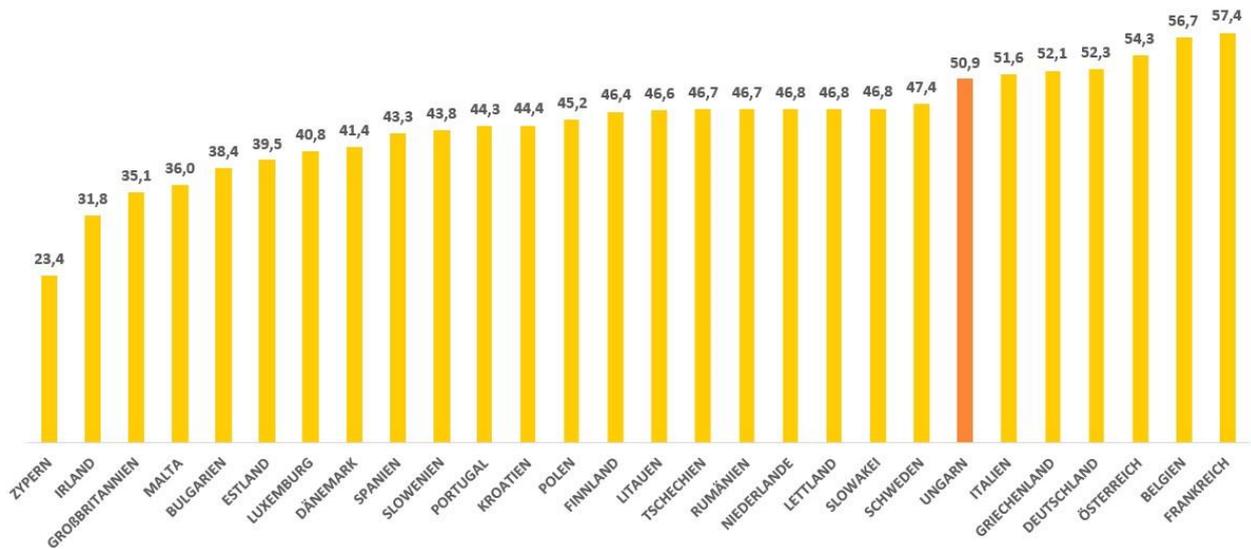
Im Vergleich zu 2010 sind die Steuerbelastungen pro Kopf der Bevölkerung unter allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Ungarn am deutlichsten – um 8,49 Prozentpunkte – gesunken. In Dänemark, das in dieser Rangliste auf Platz 2 folgt, verringerten sich die öffentlichen Abgaben gerade mal um die Hälfte, um 4,34 Prozentpunkte. Ungeachtet des sinkenden Trends gehört Ungarn auch weiterhin zu jenen Ländern, wo ungefähr die Hälfte des Lohns in Form von Steuern abgezogen wird.

Die aktuellste Forschung des französischen Instituts Économique Molinari zeigte, dass die Steuerlasten in den nicht zur Eurozone gehörenden Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren abnahmen, wohingegen diese in den Ländern der Eurozone zunahmen. Wenn wir zur gleichen Zeit die 28 Mitgliedstaaten der Gemeinschaft betrachten, gehen die öffentlichen Lasten seit nunmehr drei Jahren beständig zurück: Im Jahre 2017 wird der Lohn eines durchschnittlichen europäischen Bürgers zu 44,8 Prozent durch Steuern und Abgaben belastet, das sind 0,16 Prozentpunkte weniger als im vergangenen Jahr. Gemessen am Jahr 2010 hat die Steuerbelastung in der Europäischen Union jedoch um 0,81 Prozentpunkte zugenommen.

Bei den ungarischen Steuerzahlern bleibt zunehmend mehr Geld, denn während hierzulande im Verlauf der letzten sieben Jahre beispielsweise die Mehrwertsteuer angehoben wurde, legten die Nettobezüge der Ungarn seit 2010 doch insgesamt um 42,8 Prozent zu. Daneben nahmen die Lasten der Arbeitnehmer in den letzten Jahren deutlich ab, welcher Prozess anhält, nachdem die Regierung für 2018 die Einführung neuerlicher Steuersenkungen ankündigte.

Ungeachtet dieser großangelegten Senkung der Steuerlasten gehört unser Land auch weiterhin zu jenen Mitgliedstaaten, in denen ungefähr die Hälfte der Löhne der Steuerzahler in Form öffentlicher Abgaben abgezogen wird. Das Ausmaß der Abgabensenkung ist jedoch enorm: Fiel der „Tag der Steuerzahler“ – bis zu diesem Tag im Jahr finanziert ein durchschnittlicher Steuerzahler den Staat – vor sieben Jahren noch auf den 6. August, war dieser Tag im Jahre 2017 bereits am 5. Juli angesiedelt. Dank der Steuersenkungen dieses Jahres wird jener Zeitpunkt, ab dem die ungarischen Steuerzahler „Geld für sich selbst“ verdienen können, in der Folgezeit noch früher eintreten.

AUSMAß DER STEUERLASTEN AUF DIE LÖHNE IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION (ANGABEN IN PROZENT, 2017)



AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Brüssel hält Ungarn laufend unter politischem Druck

Eines der wichtigsten Elemente der politischen Bestrebungen Brüssels ist die Einführung des Quotensystems. Gleichzeitig ist es verblüffend, dass sogar der Europäische Gerichtshof bei der Umsetzung dieses politischen Vorhabens assistiert. Wegen einer zunehmenden Druckausübung aus Brüssel muss im Herbst mit ernsthaften politischen Auseinandersetzungen in Verbindung mit den verbindlichen Ansiedlungsquoten gerechnet werden.

Bereits bei der für den Mai angesetzten Verhandlung zeigte sich, dass den Europäischen Gerichtshof die von Seiten der ungarischen und der slowakischen Regierung gegen den Beschluss der Staats- und Regierungschefs von 2015 über die verbindlichen Ansiedlungsquoten vorgebrachten juristischen Argumente nicht interessieren. Bei der Verhandlungsrunde im Frühjahr wurde sofort nach Anhörung des Standpunktes der ungarischen und slowakischen Prozessparteien unter dem Motto der Solidarität eine politische und ideologische Debatte an Stelle der Bewertung juristischer Bedenken geführt.

Vor diesem Hintergrund muss die lupenrein politische Stellungnahme des französischen Generalanwalts nicht verwundern, wonach der Standpunkt Ungarns und der Slowakei „dem Solidaritätsprinzip und den Verpflichtungen in Verbindung mit einer gerechten Verteilung der Lasten widerspricht, auf denen die Flüchtlingspolitik der Mitgliedstaaten basiert“.

Der Generalanwalt befasste sich somit erst gar nicht tiefschürfend mit der ungarischen Klage, in der unter Berufung auf zehn inhaltliche und verfahrensrechtliche Argumente um die Annullierung des Ratsbeschlusses oder wenigstens jenes Teils in diesem Beschluss ersucht wurde, wonach Ungarn 1.294 Asylbewerber aufnehmen müsste, 988 aus Griechenland und 306 aus Italien.

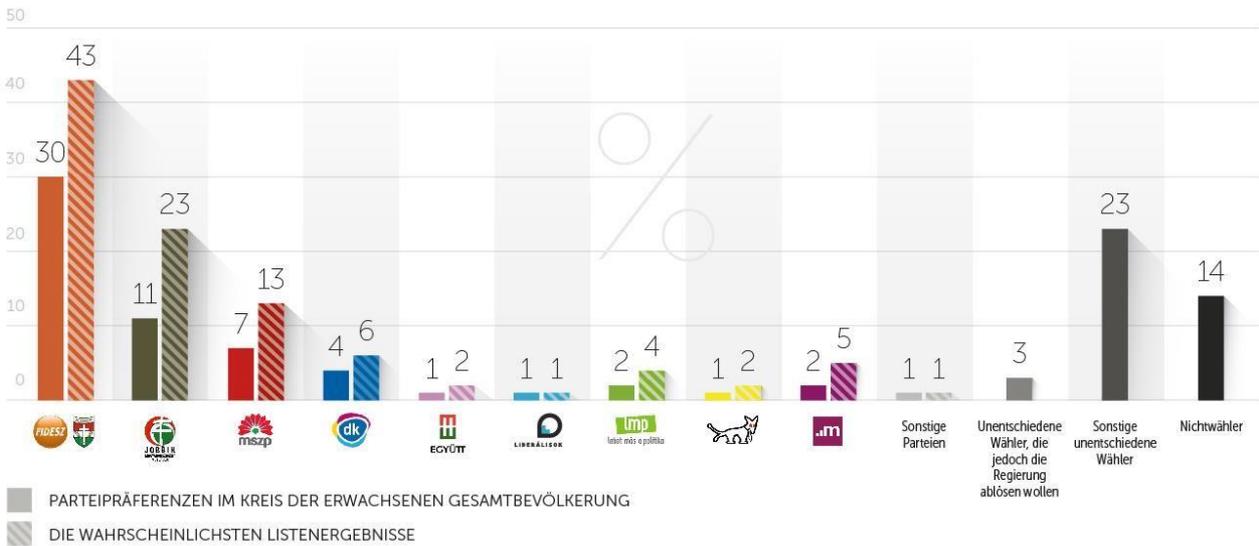
Abgesehen von der Entwicklung im Quotenprozess hat Brüssel zugleich das Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn, Polen und Tschechien wegen deren Zurückweisung des EU-Beschlusses über die Flüchtlingsquoten in einen neuen Abschnitt gebracht.

Dieser Schritt zeigt einmal mehr, dass die Entscheidungsträger in der Europäischen Union entgegen den Erwartungen der Gesellschaften diese funktionsunfähige Maßnahme den Mitgliedstaaten aufzwingen wollen. Infolgedessen müssen wir mit einem kritischen und konfrontativen Herbst rechnen, nachdem Brüssel eine neue Front gegen jene Mitgliedstaaten eröffnet hat, die auf einem Standpunkt beharren, der jenem von Brüssel widerspricht.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Sichere absolute Mehrheit für den Fidesz – im linken Lager würden MSZP, DK und die Momentum-Bewegung ins Parlament gelangen

Acht Monate vor den nächsten Parlamentswahlen führen unverändert die Regierungsparteien: FideszKDNP würden mit 43 Prozent der Listenergebnisse eine solide absolute Mehrheit erringen, geht aus der Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Die Erhebung zeigt zugleich, dass im linken Lager MSZP, DK und Momentum-Bewegung ins Parlament gelangen würden.



Im Juli standen auch weiterhin 30 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung hinter Fidesz-KDNP. Das Lager der Jobbik-Sympathisanten machte wie gehabt 11 Prozent aus, die MSZP wusste erneut 7 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung hinter sich. Unter den kleineren Parteien stehen die DK bei 4 Prozent, die LMP und die Momentum-Bewegung bei jeweils 2 Prozent. Jeweils 1 Prozent erreichen die Együtt, die Liberalen unter Führung von Gábor Fodor und die Witzpartei des Zweischwänzigen Hundes (MKKP), während die Párbeszéd dieses Mal nicht statistisch gemessen werden konnte.

Bei einer Betrachtung der wahrscheinlichsten Listenwahlergebnisse (also der Parteipräferenzen jener Wähler, die sicher an den Wahlen teilnehmen werden) stehen Fidesz-KDNP bei 43 Prozent. Die Jobbik würde 23 Prozent der Listenstimmen holen, die MSZP käme demnach auf 13 Prozent, die DK auf 6 und die Momentum-Bewegung auf 5 Prozent. Auf dieser Basis erreicht die LMP 4 Prozent der Wähler, MKKP und Együtt stehen bei 2 Prozent, die Liberalen bei 1 Prozent.

Methodik

Die persönliche Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 4.-23. Juli 2017 mit der Befragung von 2.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer repräsentativen Auswahl von 2.000 Personen ergibt sich bei einer Zuverlässigkeit von 95% eine Fehlertoleranz von 2,2 Prozent.

Die Chancen für einen Zusammenschluss der Linken schwinden

Im Gegensatz zu dem umfassenden Zusammenschluss der linksliberalen Parteien im Wahljahr 2014 bestehen für 2018 Chancen zur Herausbildung von vier größeren Polen. Nachdem die Positionen der MSZP infolge interner Skandale systematisch einbrechen, unterstützen die neuen linksliberalen Formationen immer offener eigene Listen. Die Koalition der LMP mit der Gémesipartei, der von Gergely Karácsony gebildete neue Pol und das eigenständige Antreten der Momentum-Bewegung dürften neuerliche Konflikte im linksliberalen Lager heraufbeschwören.

Es ist beispiellos, wie lautstark der interne Krieg in der MSZP geführt wird – so etwas hat es noch nie gegeben. Es zeigt das komplette Scheitern von László Botka, dass diese Debatten in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, statt zu versuchen, die Konflikte intern zu regeln. Es stellt sich die Frage, wie viel Spielraum Botka innerhalb einer wegen des Konflikts um das Modell für das Antreten zu den Parlamentswahlen 2018 in mehrere Flügel gespaltenen sozialistischen Partei überhaupt noch bleibt. Aus dem Blickwinkel Botkas würde die alleinige Chance darin bestehen, aus der „Quarantäne“ auszubrechen, wobei die Suche nach Koalitionen in Bezug auf DK und LMP bereits früher auf Grund lief und die Möglichkeiten nunmehr begrenzt sind.

Gegenwärtig zeigt sich die Lage der DK als relativ stabil; die Partei von Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány würde auch eigenständig ins Parlament gelangen. Wenn man die Linke jedoch als Ganzes betrachtet, würde diese gemessen an 2014 schlechter abschneiden, wenn sämtliche Parteien des linken Spektrums bei den Wahlen eigenständig antreten wollen. Sollte also die durch László Botka betriebene – und bislang nicht sonderlich erfolgreiche – Politik endgültig scheitern, darf eine Übereinkunft der MSZP mit der DK in den einzelnen Wahlkreisen als außerordentlich wahrscheinlich angesehen werden (wobei die Aufstellung der Wahllisten unabhängig von dieser Frage auch weiterhin offen bleibt). Im Angesicht der internen Probleme innerhalb der MSZP kann Ferenc Gyurcsány in diesem Fall eine Position mit Erpressungspotenzial besetzen.

Derzeit würde die Momentum-Bewegung auch eigenständig die Parlamentshürde von 5 Prozent nehmen, was wiederum die Chancen für die Herausbildung eines „neuen Pols“ reduziert, der im gegebenen Fall unter dem Namen des Ministerpräsidentenkandidaten Gergely Karácsony die Momentum-Bewegung und die LMP einbeziehen könnte. Ganz im Gegenteil könnte eintreten, dass die Momentum-Bewegung überhaupt keine Hilfestellung von Seiten linksliberaler Parteien für das Aufstellen von Kandidaten zu den Wahlen im kommenden Jahr benötigt.

Das Konzept des „neuen Pols“ könnte insbesondere deshalb auf Grund laufen, weil die Partei von

Gergely Karácsony, Párbeszéd, derzeit nicht einmal das statistische Niveau von 1 Prozent erreicht. Die LMP rangiert aktuell zwar unter der Parlamentshürde, laut Medienberichten soll beispielsweise jedoch die frühere sozialistische Politikerin Mátra Demeter in Kürze zu den Grün-Alternativen wechseln, um diesen acht Monate vor der Wahl nach Möglichkeit neuen Schwung zu verleihen. Es ist fraglich, mit welcher Oppositionskraft die LMP in diesem Fall kompatibel wäre, oder ob sie auch weiterhin ihre Eigenständigkeit zu bewahren versucht.

PROGNOSE

- Am 2. August diskutieren Experten der deutschen Automobilindustrie mit dem zuständigen Bundesminister die Zukunft der Dieselmotoren. Die Repräsentanten der deutschen Automobilindustrie haben sich mit der politischen Führung des Landes darauf verständigt, als Teil eines größeren Rettungsplans im Interesse verbesserter Emissionswerte von Dieselfahrzeugen Softwareauffrischungen vorzunehmen.
- Am 2. und 3. August wird am Budapester Nehru-Ufer ebenso wie im HolocaustGedächtniszentrum in der Páva utca, in Birkenau und in Wien der Opfer des Holocaust an den Roma gedacht.
- Am 3. August gibt das Statistische Amt KSH die Einzelhandelszahlen für den Monat Juni bekannt.
- Am 3. August tritt das Parlament des Kosovo zu seiner konstituierenden Versammlung zusammen. Die Sitzung wird abgehalten, obgleich die vorhergehenden Konsultationen des Präsidenten des Kosovo mit den Parteien über eine Regierungsbildung ohne ein Ergebnis endeten.
- Am 4. August teilt das KSH die aktuellsten statistischen Zahlen – für den Monat Juni – zur Entwicklung der Industrieproduktion mit.